

Stellungnahme der Verwaltung zur Fraktionsvorlage FV/019/2025/GRÜNE – Modellprojekt Gleisbegrünung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Dessauer Verkehrs GmbH (DVG) die Voraussetzungen zu schaffen, ein Modellprojekt zur Begrünung der Straßenbahngleise auf einem geeigneten Streckenabschnitt durchzuführen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Vorlage wird befürwortet.

Die Umsetzung eines Modellprojekts sollte mittelfristig erfolgen. Neben der Prüfung und Festlegung eines geeigneten Abschnittes müssen die erforderlichen Mittel zur Ausführung und Unterhaltung in den Folgejahren gesichert sein.

Begründung:

Grundsätzlich ist auch aus Sicht der Verwaltung die Mehrung von Stadtgrün im Rahmen von Verkehrsanlagen für die Verbesserung des Mikroklimas und der Biodiversität zu begrüßen.

Gleisbegrünung existieren bereits in einigen Teilbereichen z.B. am Berufsschulzentrum und in Alten.

Die Gleisanlagen befinden sich im Eigentum der DVG stehen, dementsprechend ist bei der Umsetzung des Projektes der Anlagenbetreiber und Eigentümers einzubeziehen.

Die von der Fraktion vorgeschlagenen Verkehrsanlagen sind nach erster Einschätzung für die Umsetzung des Modellprojektes nicht geeignet. Seitens der Verwaltung wird empfohlen die Gleisbegrünung im Zuge von innerstädtischen Umbaumaßnahmen mit zu verfolgen.

Für den innerstädtischen Bereich sind die Fahrbahnbreiten oftmals eingeschränkt. Grundsätzlich ist eine Gleisbegrünung bei Verkehrsanlagen mit Straßenbahn in Mittellage möglich, wenn der beidseitige Verkehrsraum ein Vorbeifahren an Hindernissen ermöglicht würde bzw. die Fahrbahn zweispurig ist. Daher kommen Abschnitte, in denen andere Verkehrsteilnehmer die Gleisanlagen mit befahren, für einen Umbau nicht in Frage. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich geeignete Fahrbahnabschnitte innerstädtisch finden werden.

Zur baulichen Umsetzung einer Gleisbegrünung ist neben dem Rückbau der vorhandenen Einbauten ein geeigneter Unterbau und Oberboden erforderlich. Es ist daher von höheren Gesamtkosten auszugehen. Ggf. könne für das Modellprojekt Fördermittel beantragt werden. Hinzu kommen höhere Aufwendungen für Pflege und Unterhalt.

Gemäß der Hauptsatzung ist der Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung im Rahmen dieser Beschlussfassung nicht zu beteiligen.